

## Vergesst die Kinder nicht noch einmal!

VON MAXIMILIAN PLÜCK

**N**ordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet sah jüngst ob des anziehenden Impftempos „Licht am Ende des Tunnels“. Und ja, wenn man sich beispielsweise den Sieben-Tage-Schnitt der verabreichten Impfungen je 100 Bürger anschaut, liegt Deutschland inzwischen weltweit auf Platz zwei hinter Kanada.

Grundsätzlich war es richtig, zu Beginn mit dem knappen Impfstoff diejenigen zu versorgen, die besonders gefährdet sind, alte Menschen in Pflegeheimen beispielsweise und besonders schwer Erkrankte. Allerdings beschleicht einen derzeit der Verdacht, dass die Kinder in dieser Pandemie einmal mehr vergessen werden könnten. Dass auch Jugendliche und Kinder an die Reihe kommen würden, zeichnet sich bereits seit Längerem ab. Und da die Bundesregierung jedem Bürger bis Ende September ein Impfangebot versprochen hat, war der Zeitplan fix. Doch erst vor wenigen Tagen haben sich die Gesundheitsminister der Länder überhaupt darauf verständigt, dass man Konzepte dafür erarbeiten wolle. Da werden ungute Erinnerungen an die erste Phase der Pandemie wach, in der Schulen und Kitas geschlossen, die Spielplätze gesperrt, aber die Kneipen geöffnet waren. Schon damals war der Eindruck, dass Kinder und Jugendliche hierzulande keine vernünftige Lobby haben.

Während die Chefin des Verbands der Amtsärzte jüngst warnte, man dürfe die Kinderärzte mit dieser immensen Aufgabe nicht alleinlassen, ist es erst einmal ein beruhigendes Zeichen, dass sich die Kinder- und Jugendmediziner im Land zutrauen, den Nachwuchs gegen Corona zu impfen. Die Politik muss nun zu ihrem Wort stehen und auf die schnelle Erarbeitung eines Konzepts eine schnelle Umsetzung folgen lassen. Damit am Ende wirklich jeder Bürger ein Impfangebot bekommt.

**BERICHT** KINDERÄRZTE ZWEIFELN AN IMPFPLAN, TITELSEITE

## Nahost braucht eine neue Friedensinitiative

VON GREGOR MAYNTZ

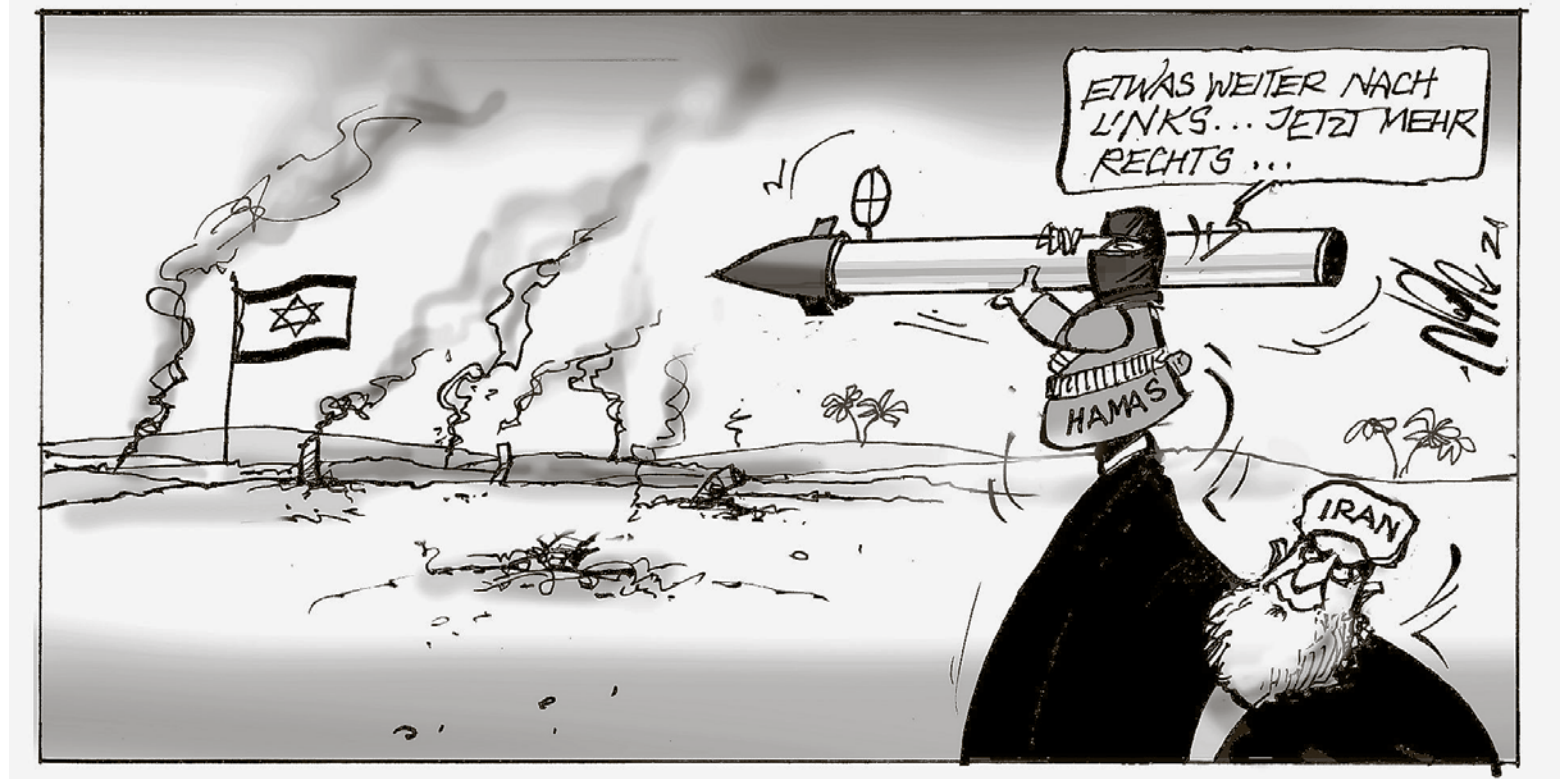
**D**ie Bilder aus Israel und den Palästinensergebieten sind so schrecklich wie in allen Konflikten zuvor. Und wie bei der ersten und der zweiten Intifada führten vergleichsweise nichtige Anlässe auch dieses Mal zur blutigen Eskalation. Doch es wäre so bequem wie falsch, sich zurückzulehnen und schlicht „beiden Seiten“ die Schuld für die jüngste Gewaltspirale zuzuschreiben. Jeder Staat der Welt hat das Recht, sich gegen den Beschuss durch Hunderte von Raketen auf seine Wohngebiete zu schützen und dagegen vorzugehen. Es war problematisch, was israelische Sicherheitskräfte gegen Palästinenser in Jerusalem unternahmen – die Reaktion der Hamas darauf war unverantwortlich.

Die jüngste Welle der Gewalt hat zwei Ursachen. Die eine ist in der Region zu suchen und handelt von einem Ablenkungsmanöver: von wachsendem palästinensischen Frust über abgesetzte Wahlen und von katastrophalem behördlichen Umgang mit Corona. Die andere hängt mit der Taten- und Ideenlosigkeit im internationalen Umfeld zusammen. Neue Friedensinitiativen gab es schon lange nicht mehr. Auch die letzten, die von Deutschland energisch betrieben wurden, liegen lange zurück und stammen aus einer Zeit, in der der Außenminister Joschka Fischer hieß.

Derweil wächst eine weitere Generation heran, die auf palästinensischer Seite mit fanatischem Israel-Hass erzogen wird und auf israelischer Seite unter radikalen Minderheiten nicht minder von Feindbildern lebt. Für die große Lösung braucht es eine neue Initiative mit viel Energie, Verständnis und Einsatz. Es ist die Zeit, in der Joe Biden für die USA, Ursula von der Leyen für die EU und Angela Merkel für Deutschland ihre ganze Erfahrung für einen neuen Anlauf nutzen sollten. Alle drei haben dabei den Vorteil, durch keinen Wahlkampf abgelenkt zu werden.

**BERICHT** ALARM IN ISRAEL, POLITIK

## Impressum RP



VERLÄNGERTER ARM

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

**ANALYSE** In Frankfurt am Main sollte Mitte Mai der 3. Ökumenische Kirchentag stattfinden. Die Pandemie verlegt das Christentreffen nun ins Internet. Dort soll auch ein Austausch möglich sein. Aber ziehen die Gläubigen da mit?

## Ein großes Wagnis

VON BENJAMIN LASSIWE

**D**ie Diakonie Deutschland hat es ausprobiert: Kürzlich verlegte der große evangelische Sozialverband seinen traditionellen Jahresempfang ins Internet. Rund 150 Menschen sahen und hörten über die Online-Plattform Zoom ein Musikstück, eine Rede von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und eine Gesprächsrunde zwischen Heil und den Diakonie-Vorständen Maria Loheide und Jörg Kruttschnitt. Doch das, was einen Empfang eigentlich ausmacht, nämlich die informelle Kommunikation zwischen den Teilnehmern, erlebten sie nicht: Der Chat war ausgeschaltet, nicht einmal eine Möglichkeit für Zuschauerfragen gab es. Auch die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland tagte am vergangenen Wochenende online – technisch reibungslos, aber weitgehend ohne die geschätzten Pausen- und Hintergrundsprache.

Unter dem Leitwort „Schaut hin!“ soll nun ab Donnerstag, ausgehend von Frankfurt am Main, der 3. Ökumenische Kirchentag stattfinden. Ein Event, das normalerweise eine Stadt verändern würde. Ohne Coronavirus würden rund 100.000 Menschen in die Bankenmetropole am Main reisen. An den Straßenecken würden Posaunenchoräle spielen, Pfadfinder fröhlich singen, und in einer überfüllten Messehalle würde Margot Käßmann eine Bibelarbeit halten. All das wird es in Frankfurt nun nicht geben: In einer Pandemie wäre das einfach zu riskant. Doch einfach ausfallen soll der Kirchentag nun auch nicht: „Digital und dezentral“ lautet das neue Schlagwort der Kirchentagsbewegung. Mit nur wenigen Ausnahmen wird der Ökumenische Kirchentag komplett ins Internet verlagert. Und während ein Kirchentag sonst von Mittwoch bis Sonntag geht, finden nahezu alle Veranstaltungen

des diesjährigen, virtuellen Christentreffens – abgesehen von Eröffnungs- und Schlussgottesdienst, einem christlich-jüdischen Gedenken sowie einem Festakt – am Freitag im Internet statt. In diesem Jahr kann man also von einem „Kirchentag“ im Wortsinn reden.

An diesem Tag, von 8 Uhr bis 23.59 Uhr, stehen die Bibelarbeiten Käßmanns, des Mainzer Bischofs Peter Kohlgraf, des Präsidenten des Lutherischen Weltbundes, Panti Filibus Musa, oder des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) im Internet zur Verfügung. Besonders spannend dürfte dabei

### Lassen sich die Menschen ernsthaft für einen Tag voller Videostreams begeistern?

Hauptpodien werden zu großen Teilen im Vorfeld aufgezeichnet – etwa die Veranstaltung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Klimaschutz. Wer über diese Themen mitdiskutieren möchte – und das unterscheidet den Kirchentag vom Jahresempfang der Diakonie –, kann sich in einen virtuellen Workshopraum einwählen und mit anderen Nutzern austauschen.

Etwas anders verhält es sich mit den Gottesdiensten: Sie werden tatsächlich physisch in Frankfurt am Main gefeiert. In vier Gemeinden, einer katholischen, einer evangelischen, einer orthodoxen und einer freikirchlichen, finden am Samstagabend Gottesdienste statt, in denen das Abendmahl, die Eucharistie oder das orthodoxe Brotbrechen, die Artoklasie, gefeiert werden sollen. Diese Gottesdienste stehen seit Monaten im Zentrum der kirchlichen Debatte: Denn eine der zentralen Hoffnungen von Christen in ganz Deutschland, die mit dem Ökumenischen Kirchentag verbunden wurde, ist jene eines gemeinsamen Abendmahls von Protestanten und Katholiken. Und nach

### INFO

#### Kirchentage in Deutschland

**Erste Ausgabe** Der erste Ökumenische Kirchentag fand im Jahr 2003 in Berlin statt und hatte 200.000 Besucher. Die zweite Ausgabe gab es erst sieben Jahre später in München. Sie hatte mehr als 3039 Veranstaltungen an 577 Veranstaltungsorten. 125.000 Gläubige nahmen teil.

**Planung** Der Ökumenische Kirchentag wird gemeinsam vom Deutschen Evangelischen Kirchentag und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) organisiert.

**Kirchentage** Die beiden nächsten konfessionellen Treffen sind der Katholikentag im kommenden Jahr und der Deutsche Evangelische Kirchentag 2023 in Nürnberg.

**Katholikentag** Er soll vom 25. bis 29. Mai 2022 in Stuttgart stattfinden. Zehntausende Katholiken und Gläubige aller Konfessionen werden erwartet. Wie genau der Katholikentag im Hinblick auf die Pandemie aussehen soll, kann das ZdK noch nicht beantworten. „Für uns steht aber fest, dass er an die jeweilige Situation angepasst stattfinden und weiterhin mit viel Verve, Vorfreude, aber auch Demut vorbereitet wird“, heißt es auf der Website des Katholikentags.



Eine Infosäule des Kirchentags in Frankfurt. FOTO: ARNE DEDERT/DPA

langen theologischen Diskussionen, bösen Briefen aus Rom und einigem Hin und Her gilt nun als offizielle Sprachregelung, dass es beim Kirchentag am Ende dem Gewissen des Einzelnen überlassen bleibt, an welcher Feier er wie teilnimmt. In der Abschlusspressekonferenz zur Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hatte sogar deren Vorsitzender, der Limburger Bischof Georg Bätzing, angekündigt, dass er keinem Protestanten, der ernsthaft bittend vor ihm steht, die Eucharistie verweigern würde. Kirchenrechtlich dagegen bleibt alles beim Alten: Formell dürfen Protestanten auch weiterhin nicht an der katholischen Eucharistie teilnehmen.

Die Frage, wer an welchem Abendmahl teilnimmt, stellt sich dabei – zumindest theoretisch – nicht nur in Frankfurt am Main. Geplant ist nämlich außerdem, dass aus Anlass des Kirchentags überall in Deutschland auch örtliche Gottesdienste stattfinden, als Stream oder auch in Präsenz. Ein Blick auf die auf der offiziellen Kirchentagswebsite eingestellte Landkarte zeigt, dass etwa in Nordrhein-Westfalen rund zwei Dutzend regionale Veranstaltungen aus Anlass des Kirchentags angekündigt sind, aber nur sechs Gottesdienste. Und das macht dann auch deutlich, wo das eigentliche Problem des Ökumenischen Kirchentags liegen wird: Lassen sich die 100.000 Menschen, die sonst nach Frankfurt am Main gekommen wären, ernsthaft für einen Tag voller Videostreams und Zoom-Konferenzen begeistern, speziell wenn ihre Arbeitswoche ohnehin dank Homeoffice geprägt ist? Kann im Internet so etwas wie Kirchentagsstimmung aufkommen?

Den Ökumenischen Kirchentag komplett ins Internet zu verlagern, bleibt ein Wagnis: Der Kirchentag muss deswegen aufpassen, dass er bei allem Bemühen, trotz der Pandemie eine Veranstaltung durchzuführen, seinen Markenkern, das große, bunte Glaubensfest, nicht im Internet verliert.

### WISENSDRANG

**G**erade ist die Woche der Meinungsfreiheit zu Ende gegangen. Jeder bekennet sich zur Meinungsfreiheit. Natürlich will kein vernünftiger Mensch Meinungen anhören, die falsch oder menschenfeindlich sind. Lassen wir den englischen Philosophen John Stuart Mill dazu Stellung nehmen. Zunächst mit einer Gegenfrage: Woher wissen wir das? „Wenn jemand einer Meinung das Gehör verweigert, weil er überzeugt ist, dass sie falsch sei, so setzt er voraus, dass seine Überzeugung gleichbedeutend mit absoluter Sicherheit sei“, so Mill. Auch wenn wir theoretisch um unsere Fehlbarkeit wissen, stellen wir das praktisch allerdings eher selten in Rechnung. Wir benehmen uns, als könnten wir es ausschließen, dass die Meinung,

### Meinungen aushalten

Wie gehen wir richtig mit abstrusen oder gar verrückten Ansichten um?



MARIA-SIBYLLA LOTTER

die wir verabscheuen, sich möglicherweise als die richtige oder die letztlich menschenfreundlichere Meinung erweist. Mill hält dagegen, dass auch spinnerte und moralisch suspektere Meinungen ein Körnchen Wahrheit enthalten. Wir verstehen die Welt erst, wenn wir dieses Körnchen Wahrheit in den Meinungen der politischen Gegner ausfindig zu machen versuchen. Daher haben wir auch kein Recht, andere Personen daran zu hindern, sich selbst ein Urteil zu bilden. Das gilt besonders im Politischen, wo wir, wenn wir eine grundsätzliche Haltung propagieren – ob nun für offene Grenzen oder die Aussetzung von Einwanderung und Asylrecht –, in der Regel nicht die Neben- und Folgewirkungen der Politik überblicken, mit der wir uns identifizieren.

Übrigens ist die Konfrontation mit anderen Meinungen nach Mill sogar dann wertvoll, wenn sie rundum falsch sind. Denn man entwickelt eine eigene Meinung erst dann, wenn man seine vagen Ideen verteidigen muss und dabei auf die eigenen Schwächen stößt. Wo nicht mehr debattiert wird, geht die eigene Urteilskraft verloren. Wie es Hannah Arendt bei Adolf Eichmann diagnostiziert hat, bewegen sich Menschen dann manchmal nur noch in Klischees und Sprachhülsen. Davor schützt nicht der gute Wille, sondern nur eine lebendige Debatte.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.